

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Ercheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.70 M., monatlich 90 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 24 Pfennig für einmalige und andauernde Anzeigen, 18 Pfennig für tägliche Anzeigen; die 35 mm breite Anzeigenzeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressenänderung und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch

5

November

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubentladung muss umfänglich bei gerichtlicher Bestätigung der Anzeigengebühren. — Einlage Beilagen: Täglich 9.50 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird zunächst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 173 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Dr. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Der Friedensvertrag.

mz Berlin, 4. Nov. Gestern wurde der deutsche Friedensdelegation in Paris eine Note des Obersten Rates überreicht, die ausführt, daß drei der alliierten und assoziierten Hauptmächte den Vertrag ratifiziert hätten, daß der in den Schlussbestimmungen des Friedensvertrages vorgesehene Zeitpunkt zur Ausstellung des ersten Protokolls gekommen sei. Die deutsche Regierung wird gebeten, daran teilnehmen zu wollen. Da jedoch von diesem Tage ab der Vertrag in Kraft trete und die Fristen abläufen, so habe der Oberste Rat beschlossen, das Protokoll erst dann auszustellen, wenn die Ausführung der Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen übertragenen Verpflichtungen genau in einem zweiten Protokoll ratifiziert sei. Deutschland habe aber eine Anzahl der ihm auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt. Es seien noch Maschinen und Wagen zu liefern, die auf russischem Gebiet befindlichen deutschen Truppen seien noch nicht zurückgezogen, das vollständige Verzeichnis der von den Deutschen beschlagnahmten Gelder und Werte sei noch nicht übergeben, man habe die deutschen Schiffe in Scapa Flow zerstört, auch in anderen Punkten der Alliierten habe Deutschland seine Verpflichtungen nicht ganz erfüllt. Der Oberste Rat hat infolgedessen eine Reihe von Strafbestimmungen aufgestellt, darunter die Auslieferung von fünf leichten Kreuzern und 400,000 Tonnen an schwimmenden Docks, Kränen, Schleppern und Baggern. Auch soll die Befahrung der in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe zurückgehalten werden. Für den Fall der Weigerung sind Zwangsmassnahmen angedroht. Danach sind bis zum 10. 11. bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, welche mit den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte die mit den Inkrafttreten des Friedensvertrages erforderlich werdenden Übergangsbestimmungen für die Abstimmungsgebiete usw. zu regeln haben. Der vollständige Text der sehr umfangreichen Note wird morgen veröffentlicht werden.

mz Tokio, 31. Okt. (Reuter.) Der Friedensvertrag ist heute ratifiziert worden.

mz Versailles, 2. Nov. Eine halbamtliche Note hebt hervor, daß die Einfuhr aus Deutschland von der besonderen Ermächtigung durch das Ministerium für den wirtschaftlichen Wiederaufbau wieder abhängig sei. Aus dem besetzten Rheingebiete bedürften nur Holz, Kohlen, Zement, Eisen, Stahl, Backsteine und Ziegelsteine der Ermächtigung. Außerdem seien Briefe und Telegramme gestattet und die Wiederaufnahme geschäftlicher Verbindungen mit dem Feinde straflos.

mz Versailles, 2. Nov. *Wie das „Echo de Paris“ feststellt, hat Wilson bis heute auf das Telegramm der Friedenskonferenz, in der er aufgefordert wurde, den Rat des Völkerbundes zunächst nach Paris zusammenzurufen, noch keine Antwort erteilt.

Reichs-Etat und Parteigruppierung.

57 Milliarden, 471 Millionen.

In der Nationalversammlung fand Donnerstag die dritte Beratung des Haushalts statt, wobei es zu einer eingehenden Generaldebatte kam.

Reichsfinanzminister Erzberger: Der Etat für 1918 hatte eine Gesamtausgabe von insgesamt 79 Milliarden M. Mit einer Gesamtausgabe von 2 1/2 Milliarden Mark für 1919 konnten wir zum ersten Male wieder einen spezialisierten Etat aufstellen. Für 1920 hoffen wir bedeutend weniger mit Pauschquantitäten arbeiten zu können. Bisher wurde überall mit vollen Händen gewirtschaftet. Das hat aufgehört. (Beifall.) Der Etat für 1919 balanziert mit insgesamt 57 Milliarden 471 Millionen Mark. Ich werde eine Verordnung erlassen, daß sämtliche Ansprüche, welche aus Anlaß des Krieges erwachsen sind, in der Frist von drei Monaten anzumelden sind. (Beifall.) Bis zum 31. März 1920 muß und kann das alles erledigt sein. Für die Ausgaben für 1920 kann das Reichsfinanzministerium erklären, daß es sich streng an die Beschlüsse des Hauses halten wird. Werden aber die Ausgaben auch eingehen?

Nach dem Ergebnisse der ersten fünf Monate kann das bezahlt werden. Nach sorgfältigen Schätzungen werden die alten Steuern jedenfalls den Erwartungen entsprechen. Ein fester Posten für die Ausführung des Friedensvertrages konnte nicht eingelegt werden, denn wir können diese Summe nicht schätzen. Ein Teil davon ist in der Reichsschuld enthalten. Wir wollen den Vertrag loyal innehalten. Aber mehr als möglich ist, können wir nicht leisten. Der Friedensvertrag kann nur durch Güter und Leistungen und Abtretung von Forderungen erfüllt werden. Darum ist eine klare Umschreibung unserer Leistungen aus dem Vertrag auch für die Gegenseite das Notwendigste. Die Transportschwierigkeiten und der Rohstoffmangel hindern uns schon heute an der Erfüllung unserer Verpflichtungen. Nur von dem Mehrwert über unser Existenzminimum hinaus können wir zahlen. Darum muß die Lebensfähigkeit Deutschlands über das Vegetieren hinaus erhöht werden. Andernfalls leidet auch die Leistungsfähigkeit Frankreichs. Werden wir zu sehr ausgezogen, so werden wir mit unserer Einfuhr uns zu sehr beschränken müssen, und unsere Ausfuhr müßte sich ins Ungeheure steigern. Wir kämen als Abnehmer für das Ausland gar nicht mehr in Betracht. Darum hat die Entente und die gesamte internationale Arbeiterschaft das dringendste Interesse daran, daß unsere Leistungen aus dem Friedensvertrag baldigst vernünftig umschrieben werden. Dieselben Folgen werden von unserer ungünstigen Valuta gezeitigt. Die Länder mit großer Exportindustrie haben das größte Interesse, die Valutalabilität Mitteleuropas zu heben. Gebt sich unsere Valuta, so können wir Rohstoffe zu erträglichen Preisen einführen und den Wirtschaftsbetrieb heben. Vielleicht hilft eine feste Anleihe, um das in der Welt herum schwimmende deutsche Geld, etwa 17 Milliarden Mark, auf seinen Wert zu konsolidieren. Die Herabminderung der schwebenden Schuld ist meine größte Sorge. Was der Reichstag bis jetzt an Besitzsteuern genehmigt hat, ist mehr als alle Besitzsteuern während des ganzen Krieges. Der Krieg hat uns nicht bloß 90 Milliarden Kriegsanleihe gebracht, sondern auch noch eine schwebende Schuld von 50 Milliarden. Diese mußte wachsen, weil der ganze Kriegspfan und seine Finanzpolitik aufgebaut war auf den Sieg und die Hoffnung, alle Kriegskosten den Feinden aufzubürden. Wir tragen die Folgen des Hindenburgprogramms. Wir brauchen neue Anleihen. Mit den Sparprämien glauben wir dem Volke gebiert zu haben. Wir sind einen Schritt weitergekommen und werden nicht rasten. Wir bedürfen aber der Mitarbeit des ganzen Volkes. (Beifall bei der Mehrheit.)

Nach der Einzelberatung erklärt zu dem Etatgesetz im ganzen der

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.) namens seiner Partei, daß diese die Annahme des Etats ablehne. Gehälter usw. müssen natürlich gezahlt werden. Wir sind aber nicht in der Lage, die Verantwortung für einen Etat zu übernehmen, dessen Steuerlast nicht die Garantie geben, daß sie tatsächlich auch eingehen und der Sparbarkeit vernünftig läßt. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Heinze (Dt. Vpt.): Wir sind nicht in der Lage, der gegenwärtigen Regierung unser Vertrauen zuzusprechen. Wir werden daher gegen den Etat stimmen. (Unruhe.)

Abg. Goger (U. Soz. Mit Heiterkeit empfangen): Wir lehnen selbstverständlich den Etat ab.

Minister Erzberger: Von den Unabhängigen habe ich nichts anderes erwartet. Auch von den Erklärungen der Rechten bin ich nicht überrascht. Lebhaften Protest muß ich aber gegen die Begründung einlegen, denn wann hätte ein Etat je die Garantie geboten, daß seine Vorschläge auch eingehen?

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.): Unsere Erklärung ist hervorgegangen aus tiefstem Mißtrauen gegen die Regierung.

Minister Erzberger: Als Parteipolitiker habe ich mich über Ihre Ablehnung gefreut, die ihnen das deutsche Volk so leicht nicht vergessen wird. Ihr Treiben ist vaterlandsverräterisch im wahren Sinne des Wortes.

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich freue mich über die Fortschritte, die die Rechte gemacht hat. Als wir den Etat ablehnten, waren wir vaterlandslose Gesellen. Die Folgen ihrer Mißwirtschaft sind es, unter denen wir leiden.

Verschiedene Anträge der Rechten werden abgelehnt, solche aus dem Zentrum angenommen.

Der Etat wird gegen die drei Oppositionsparteien angenommen.

Der Entwurf der siebenten Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die nächste Sitzung findet am 20. November statt.

Die Parteigruppierung bei der Schlussabstimmung über den Etat in der Nationalversammlung wird, wie die „Morgenpost“ schreibt, noch lange Gegenstand des politischen Interesses sein, denn zum ersten Male haben damit auch bürgerliche Parteien in Deutschland den Etat im ganzen abgelehnt.

Die neue preussische Städteordnung.

Die neue preussische Städteordnung wird demnächst der preussischen Landesversammlung zugehen. Aus ihrem Inhalt sei heute erwähnt:

In Selbstverwaltungsangelegenheiten sind die Städte keiner Anweisung der Aufsichtsbehörde unterworfen. Die Städte sind berechtigt, ihr Vermögen selbständig zu verwalten. Zum Vermögen gehören alle Werte, die nicht zum Verbrauch oder zur Dedung laufender Ausgaben bestimmt sind. Das Vermögen ist in seinem Bestande unverkürzt zu erhalten. Die Erträge des Vermögens dienen zur Bestreitung der städtischen Ausgaben, das Vermögen selbst darf nicht veräußert werden. Die Städte sind berechtigt, Anleihen zu verbenden zwecks aufzunehmen. Die vorübergehende Aufnahme von Wirtschaftsmitteln, die innerhalb eines Jahres aus städtischen Einnahmen wiedererstattet werden, gilt nicht als Anleihe.

Die Aufsichtsbehörde hat das Recht, Bürgermeister abzusetzen und Stadtverordnetenversammlungen aufzulösen. Bezüglich der Rechte und Pflichten der Städte auf dem Gebiete des Schulwesens verbleibt es bis zur gesetzlichen Neuordnung bei den geltenden Bestimmungen. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung finden auf Grund der neuen Städteordnung zum ersten Male im Jahre 1920 statt. Die Wahlzeit der Bürgermeister und Beigeordneten erlischt drei Monate nach Inkrafttreten der neuen Städteordnung.

Die Vorschriften über Stadtverordnetenversammlung und Magistrat sind im demokratischen Sinne umgeändert; sie entsprechen im allgemeinen den inzwischen eingetretenen Änderungen. Die Wahl ist geheim, Verhältniswahl, Wahlzeit ist vier Jahre. Bürgermeister, die keine Befähigung zum Richteramt haben, erhalten einen hauptamtlichen Beigeordneten, der diese Fähigkeit hat, als Gehilfen.

Der 9. November.

mz Berlin, 3. Nov. Für die Revolutionsfeier am 9. November in Berlin wird die Vorschrift betr. Annullierung von Versammlungen und Feiern in geschlossenen Räumen aufgehoben. Beabsichtigte Versammlungen unter freiem Himmel an der Peripherie Berlins sind gestattet, jedoch die Demonstrationsumzüge sowie Versammlungen unter freiem Himmel in der Innenstadt verboten. Für den 7. November, dem Jahrestage der russischen Revolution, bleiben die Vorschriften des Belagerungszustandes in vollem Umfang aufrechterhalten.

Keine Verkehrsperre im besetzten Gebiet.

Die Rhein. Volksztg. schreibt: Wie die Eisenbahndirektion Mainz mitteilt, bleibt das besetzte Gebiet von der ab 5. November beabsichtigten Einstellung des Personenverkehrs vorläufig unberührt.

Inzwischen hat die Reichsregierung weitere Verfügungen getroffen, über die wir nachstehend berichten. Auf diese neuen Verfügungen trifft natürlich daselbe zu, was für den Personenverkehr gilt, d. h. im besetzten Gebiet haben sie bis jetzt keine Verbindlichkeit.

mz Berlin, 4. Nov. Infolge der bevorstehenden Einstellung des Personenverkehrs fällt die Möglichkeit fort, Postsendungen in Schnell- und Personenzügen zu befördern. Die damit verknüpfte Ausschaltung einer großen Anzahl von Postwagen macht es notwendig, die Annahme von Wertbriefen und Paketen, ausgenommen von Medi-

tamenten und Proffessoren, auf kurze Zeit zu sperren, damit die bereits unterwegs befindlichen Sendungen noch ihrem Bestimmungsort zugeführt werden können und ihr Inhalt nicht der Gefahr des Verderbens ausgesetzt wird. Die mit der Beförderung der Briefpost durch Güterzüge verknüpfte Verzögerung der Postfachen wird einen starken Anstoß auf den Telegraphen und Fernsprecher zur Folge haben. Beide Verkehrsmittel sind schon jetzt bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit belastet. Um den Telegraphen für die wirklich wichtigen Telegramme betriebsfähig erhalten zu können, wird deshalb die Annahme von Glückwunsch- und Begrüßungstelegrammen sowie von Telegrammen in nicht dringenden Familienangelegenheiten und dergleichen bis auf weiteres eingestellt. Es liegt im Interesse der verkehrstreibenden Kreise, die Benutzung von Telegraph und Fernsprecher auf die wichtigsten dringenden Fälle zu beschränken und bei der Abfassung der Telegramme sich der gedrängtesten Kürze zu befleißigen.

Oberkommissar Tirard über die Verwaltung im besetzten Gebiet.

Paris, 3. Nov. In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des Petit Parisien erklärte der Oberkommissar für die besetzten Rheingebiete, Tirard, er sei nicht der Ansicht, daß mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages die gesamte Verwaltung der besetzten Gebiete in die Hände der deutschen Behörden übergehe. Bis zum Tage der Ratifizierung habe bei jedem Landrat (Sous-Préfekt) ein Offizier die Verwaltungsmassnahmen der deutschen Beamten zu überwachen, die mit vollem Recht für verdächtig gehalten hätten, weil sie nicht nur Deutsche, sondern Preußen oder Bayern gewesen seien, d. h. Fremde im Rheinland und ergebenen Diener der Zentralstelle in Berlin oder München. Er stellte sich deshalb die Frage, ob mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages der französische Kontroll-offizier verschwinden solle. Solange die Behörden dieser Länder durch fremde Beamte geleitet würden, sei es unmöglich, daß Frankreich um diese Politik sich nicht kümmern, die einen ausgesprochen preußischen Charakter trage und sicher alle Mittel anwenden werde, um der Okkupation entgegen zu arbeiten und die Sicherheit der alliierten Armee in Gefahr zu bringen. Der Friedensvertrag enthalte übrigens eine Bestimmung, die der französischen militärischen Autorität das Recht gebe, über ihre eigene Sicherheit zu machen. Tirard will den Friedensvertrag in einem Geiste absoluter Loyalität, ja selbst in einem Geiste des Wohlwollens gegenüber der Bevölkerung ausführen, von der viele Frankreich freundlich gesinnt seien. Die Mitwirkung von Offizieren sei ihm lieber als die von Zivilbeamten. Auch die von französischen Offizieren gebildeten wirtschaftlichen Sektionen sollen bestehen bleiben. Diese Sektionen hätten Frankreich schon die größten Dienste geleistet. Auch hier werde Tirard die militärische Mitarbeit nicht aufgeben. Diese wirtschaftlichen Sektionen würden nach einiger Zeit eine Art von Konsulaten werden, die, frei von jeder Politik, sich betätigen sollten. Die Offiziere würden die französischen Nationalinteressen auf Grund ihrer Sachkenntnis, verstärkt durch das Prestige der Soldaten, erfüllen können.

Die Hochzeit der Großherzogin von Luxemburg.

Die Vermählung Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Charlotte von Luxemburg, Herzogin zu Nassau, mit Seiner königlichen Hoheit dem Prinzen Felix von Bourbon-Parma findet am 6. November in Luxemburg statt. Auf Wunsch des Papstes wird der Nuntius die Trauung vollziehen. Außer J. A. S. der Großherzogin Maria Anna und den Prinzessinnen Hilja, Elisabeth und Sophie werden nur J. A. S. die Großherzogin von Parma, Mutter des Bräutigams, dessen Bruder und Schwestern, sowie der Hofstaat und die ersten Staatsbeamten der Feier beiwohnen. Das hohe Paar begibt sich sodann auf eine kurze Hochzeitsreise in die Schweiz.

Metallarbeiterstreik in Berlin.

Nach dem „Vorwärts“ hat die Generalversammlung des Metallarbeitersverbandes mit 4000 gegen 17 Stimmen beschlossen: Die Vorschläge der Unternehmer über die Aufnahme der Arbeit sind völlig unannehmbar. Der Streik ist keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die Streikenden, Ausgesperrten, Entlassenen sind bei der Wiederaufnahme der Arbeit gleichzustellen. Alle Entlassungen sind rückgängig zu machen. Die Generalversammlung ruft alle noch arbeitenden Metallarbeiter Groß-Berlins auf, sofort in einen Solidaritätsstreik einzutreten und fordert, daß die politische Vertretung der Arbeiterschaft den Generalstreik nach Ablauf von 48 Stunden erklärt, wenn die Unternehmer von ihrem bisherigen Verhalten nicht ablassen.

Streik in Dresden.

Dresden, 3. Nov. Die kaufmännischen Angestellten des Großhandels, der Spedition, der Schifffahrt und des Fuhrwesens treten heute Vormittag zur Ausführung ihrer Tarifforderungen in den Streik. Spedition und Schifffahrt ruhen vollkommen. Auch der Hafenbetrieb und die Lebensmittelversorgung sind unterbrochen. Vollständig ausständig sind die Angestellten der Zigarettenindustrie. Viele große Betriebe des Handels und der Industrie ruhen ebenfalls vollständig.

Am Rönigsberg, 2. Nov. Die hiesigen Tageszeitungen, mit Ausnahme der Volkszeitung, geben bekannt, daß infolge des Ausstandes der Buchdruckerhelfen die Zeitungen bis auf weiteres nicht erscheinen.

Bergarbeiterstreik in Amerika.

Nach einer Meldung der „Evening News“ aus New-York ist in Amerika der Bergarbeiterstreik ausgebrochen. 500 000 Arbeiter legten die Arbeit nieder. Der Streik ist aber nicht allgemein.

New-York, 2. Nov. (Reuter.) Die Mehrheit der Bergarbeiter in den großen Erzeugungsgebieten von West-Virginien, Ohio, Illinois, Michigan, Iowa, Kentucky, Colorado, Kansas, Wyoming und Washington verließen die Bergwerke. In einigen Zentren wurden Truppen zusammengezogen und werden für alle Fälle verfügbare gehalten. Gompers erklärte, das einzige Ergebnis eines bundesstaatlichen Eingreifens gegen den Streik würden weitere Störungen sein, die sich nicht auf die Bergwerke beschränken würden.

Amsterdam, 3. Nov. Der „Telegraaf“ meldet aus New-York, daß Frank Hay und 83 anderen Gewerkschaftsführern vorübergehend jede Agitation verboten wurde. Dieses Verbot wurde auf Ersuchen des Stellvertretenden Generalanwalts ausgefertigt. Am 11. November wird der Gerichtshof über das Streikverbot definitiv die Entscheidung treffen. Wilson billigte die Pläne des Kabinetts zur Verfolgung der Streikführer auf Grund des Gesetzes, das Ausländer, die die Lebensmittel- und Kohlenversorgung beeinträchtigen, für unerlaubt erklärt.

Politische Rundschau.

Internationale Besserung des Marktkurses.

Nach einer Meldung aus Amsterdam wird dort in der ersten Novemberwoche eine Zusammenkunft von Mitgliedern der Hochfinanz aus Holland, Frankreich, England, Schweden und anderen Staaten stattfinden, zur Beratung, wie Deutschland in seinen geldlichen Schwierigkeiten entgegenzukommen und der Marktkurs im Auslande zu bessern sei.

Milderung der Blockade.

Berlin, 1. Nov. Nach einer soeben eingegangenen Mitteilung der internationalen Marinekommission werden Freigeleitschiffe außer für dänische auch für die übrigen Ostseehäfen auf Antrag bewilligt werden, sofern die Schiffe sich nicht mit militärischen Operationen befassen.

35 000 Deutsche in russischen Diensten.

Die Reichsregierung hat, wie schon mitgeteilt, mit Rücksicht darauf, daß die Abtransporte aus dem Baltikum bisher ungenügend sind, und das Verhalten zahlreicher Truppenteile uns zu den schärfsten Maßnahmen zwingt, den Beschluß gefaßt, daß sämtliche Truppen, die nicht bis zum 11. November die deutsche Grenze passiert haben, als fahnenflüchtig erklärt werden. Sie verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch selbstverständlich alle Versorgungsansprüche. Nach den Darstellungen des Frl. von Maltzahn sind von rund 40 000 Mann, die in Russland kämpften, nur etwa 5—6000 überwiegend technische Truppen, Bäckereikolonnen und Intendantenmannschaft, dem Befehl der Regierung nachgekommen. Der Rest, 34—35 000 Mann, ist zu den Russen übergegangen.

Die Jahrhundertfeier der Düsseldorfer Akademie.

Düsseldorf, 2. Nov. Bei der gestrigen Jahrhundertfeier der hiesigen Akademie überbrachte nach einer Begrüßungsrede des Akademiedirektors Professor Röber und einem geschichtlichen Bericht des Kunsthistorikers der Akademie, Alaphet, Kultusminister Haenisch die Glückwünsche der preussischen Staatsregierung. Der Minister führte aus, daß alle gehofft hätten, dieses Jubiläum in besserer Zeit feiern zu können. Der nationale Zusammenbruch sei weit erschütternder als der Zusammenbruch vor mehr als 100 Jahren und beispiellos in der Geschichte aller Zeiten. Gerade die Männer, die mitten in diesem Elend standen und berufen seien, wieden den Aufstieg zu weisen, möchten manchmal daran verzweifeln, ob noch ein Weg nach oben führe. Aber gerade in solcher Zeit diene als Leitern das Wort, welches Peter Cornelius vor 100 Jahren gesprochen habe, daß der Genius die Nation durchdringen müsse; denn nicht große Armeen seien der Schutz eines Volkes, sondern der Glaube an sich selbst und an die Zukunft. Wir müssen uns wieder zurechtfinden hinter die Besten des deutschen Volkes, zur deutschen Innlichkeit, zur deutschen Seele und zum deutschen Charakter. Der Redner betonte, daß Kunst- und Kulturpflege im Großen nur in einem großen und geeinigten Staate möglich seien, und deswegen werde die Zukunft der Düsseldorfer Akademie nur sichergestellt sein, wenn die Rheinlande unverbrüchlich mit dem preussischen Staate verbunden blieben. Die preussische Staatsregierung werde alles tun, um der Akademie bald zu einem neuen Heim zu verhelfen.

Belgischs Verlangen nach Sühne.

Der Amsterdamer „Telegraaf“ meldet aus Brüssel: Die Liste der Deutschen, deren Bestrafung die belgische Regierung fordern wird, enthält Namen von Personen, die der Deportation in Belgien, der schlechten Behandlung von Belgiern in Lagern, Plünderungen und des Diebstahls beschuldigt werden, oder die belgische Bürger erschießen ließen oder junge Leute, die die Grenze überschritten hatten, dem Feinde überlieferten. Es würden Maßregeln getroffen, um die Aufspürung der Beschuldigten möglichst rasch zu erwirken.

Ein sensationeller Prozeß in Sicht.

Die Pariser Morgenblätter vom Sonntag geben ein Telegramm aus Sofia wieder, nach dem die Strafverfolgung des früheren Königs Ferdinand und des Generals Sawow eingeleitet werden soll, weil letzterer auf Veranlassung des Königs Ferdinand

nach Abschluß des Waffenstillstandes die deutsche Mission in Sofia habe veranlassen wollen, mehrere deutsche Divisionen nach Bulgarien zu senden, um in Gemeinschaft mit dem bulgarischen Heere die Grenze der Entente, die nach den Waffenstillstandsklauseln bulgarische Gebiete besetzten, anzugreifen.

Gedächtnisfeiern in Frankreich.

Paris, 3. Nov. Savas. Am heutigen Tage fanden in allen Städten des Landes Erinnerungsfeiern zu Ehren der im Kriege gefallenen Soldaten statt.

Durch die Municipalitäten von 30 000 französischen Gemeinden wurden heute 1 500 000 Diplome an die Familien der auf dem Felde der Ehre Gefallenen ausgehändigt. Die Diplome sind mit Denksprüchen von Poincaré, Lavoisier, Deschanel, Foch versehen. Außerdem wurden 6 Millionen Medaillen unter die Kinder der Kriegsgesessenen, die als National-Weissen betrachtet werden, verteilt.

Der Schah von Persien in London.

London, 2. Nov. Savas. Anlässlich des zu Ehren des Schahs von Persien in der Guildhall gegebenen Banketts erwähnte Lord Curzon, daß sich die Beziehungen zwischen Persien und England auf eine vollständige Interessengemeinschaft stützen. Der Zweck des englisch-persischen Abkommens bestehe darin, dem Schah zu helfen, den Frieden und die Ordnung in seinem Lande aufrechtzuhalten. In seiner Antwort führte der Schah aus, daß er gekommen sei, England zu studieren, und daß er hauptsächlich Industriezentren des Landes besuchen werde.

Kleine Mitteilungen.

Das englische Gesundheitsamt teilt mit, daß an Bord eines britischen Dampfers, der soeben im Londoner Hafen eingetroffen ist, sich acht Fälle von Beulenpest ereignet haben. Das Schiff kam aus Nordamerika.

Amsterdam, 29. Okt. Reuter meldet aus New-York: Der Oberste Gerichtshof hat die Aufführung von Opern in deutscher Sprache untersagt.

Lokalnachrichten.

Adnigstein, 5. Nov. In Sachen des Kreis-Lebensmittellamtes wird uns von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

Die bisherigen Ermittlungen haben eine finanzielle Schädigung des Kreises bis jetzt nicht ergeben und lediglich zwei Einzelfälle sind zu beanstanden. In dem ersten Falle wurden im August d. J. von dem Lebensmittellamt A entgegen der Vorschrift an eine Privatperson für 1949 M Lebensmittel abgesetzt. Zur Entschädigung wird vorgebracht, daß diese Waren zu der angegebenen Zeit hier in solchen Mengen vorhanden waren, daß die Gemeinden die Zuweisungen ablehnten, weil der Abzug unmöglich war. Dies ist hier in dem zweiten Fall, in dem es sich um den Verkauf einer Riste fonderter Milch an einen Angestellten handelt, richtig und bei den fallenden Preisen lag der Verkauf wohl im Interesse des Kreises, besonders da bei der heißen Jahreszeit mit einem Verderben der Waren gerechnet werden mußte. Es hätte aber hierzu die ausdrückliche Genehmigung vorher eingeholt werden müssen und in dem ersten Falle wirkt erschwerend, daß der Lagerverwalter und eine Angestellte von dem Käufer der Waren ein Geldgeschenk angenommen haben. Andere Angestellte der Lebensmittellämter haben mit Waren des Kreises keinerlei Geschäfte gemacht. Der Angestellte M., der in Homburg wohnt, gibt zu, daß er Lebensmittel, die hier im freien Handel zu billigeren Preisen zu haben waren, in hiesigen Geschäften aufgekauft hat, die in dem elterlichen Geschäft in Homburg abgesetzt wurden. Diese Angaben wurden durch die vorgelegten Rechnungen bestätigt; der Kreis hat mit diesen Geschäften nichts zu tun.

Der im Juli d. J. stattgehabte Diebstahl von Speck konnte trotz der eingehenden von der Polizei, der Gendarmerie und der Staatsanwaltschaft angestellten Ermittlungen nicht aufgeklärt werden. Es fehlt jeder Anhalt für die Täter, aber ebensovienig für die Annahme, daß der Einbruch fingiert gewesen sei.

Das Aktenmaterial wurde dem Kreisausschuß und der Kreis-Lebensmittellamtkommission vorgelegt, die gerichtliche Untersuchung geht weiter und die Bücher der Lebensmittellämter werden durch einen vereidigten Bücherrevisor geprüft; es ist somit jede Gewähr für eine völlige Aufklärung gegeben und es wird richtig sein, die weitere Beurteilung von dem Ergebnis dieser Untersuchung abhängig zu machen.

Adnigstein, 5. Nov. Mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit hat der militärische Verwalter für den Kreis Adnigstein Lichtperre angeordnet und wolle man die in heutiger Nummer enthaltene Bekanntmachung genau beachten.

Die Stilllegung des Personenverkehrs im Reiche hat, wie man uns von der hiesigen Direktion mitteilt, auf den Personenverkehr der Adnigsteiner Eisenbahn keine Einwirkung. Insbesondere werden auf derselben auch die Sonntagszüge so wie im Fahrplan vorgesehen, weiter verkehren. Die Staatsbahnzüge von Wiesbaden nach Frankfurt und umgekehrt verkehren ebenfalls wie seither.

Der frühe Winter hält leider an. Ganz in Schnee gehüllt bietet unsere Gegend das Bild einer richtigen Winterlandschaft, im Gebirge ist der Schlittenverkehr im Gange. Dabei anhaltend 3 bis 5 Grad kalt. Und das ist das empfindlichste, weil nach allen Meldungen dieser Winter schon allgemein in Deutschland eingetreten ist und so die Stilllegung des Personenverkehrs besonders in Bezug auf den Kartoffeltransport doch unwirksam machen dürfte. Aus Ostpreußen wird berichtet, daß durch die Kälte die Eindringung eines Teiles der Kartoffelernte, welche dieses Jahr durch Arbeitermangel und fortwährende ungünstige Witterung verzögert wurde, in Frage steht. Der letzte

Trost war so stark, daß sogar Kartoffeln im Ader erstoren sind. Auch im übrigen macht sich die Kälte unangenehm bemerkbar, da es dort mit der Kohlenversorgung besonders schlecht bestellt ist.

Königstein, 4. Nov. Der stürmische Beifall eines zahlreichen erschienenen Publikums im Krystall-Palast zu Leipzig stellte sich den bisherigen Erfolgen des Erich Rahn von hier ebenbürtig zur Seite. Aus der Kritik einer Leipziger Zeitung entnehmen wir: „Des weiteren vermittelte uns der Abend die interessante und wirklich lohnende Bekanntschaft mit dem hochbegabten vierzehnjährigen Klaviervirtuosen und Komponisten Erich Rahn aus Würzburg-Königstein, der mit vollendeter Künstlerkraft die E-moll-Sonate von Grieg sowie eigene Kompositionen zum Vortrag brachte.“

* **Schärfere Maßnahmen gegen die Schwarzschlachtungen.** Die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Fleischbewirtschaftung nahmen namentlich in Gestalt von sogenannten Schwarzschlachtungen einen Umfang an, der die Fleischversorgung der Gesamtbevölkerung aufs schwerste gefährdet. Der Reichswirtschaftsminister erließ deshalb eine Verordnung vom 28. Oktober 1919, welche bestimmt, daß in allen Fällen verbotener Schlachtungen auf Gefängnis und Geldstrafe nebeneinander, nicht mehr wie bisher nur wahlweise auf die eine oder andere Straftat, zu erkennen ist. Gleichzeitig ist in der Verordnung über die Fleischversorgung vom 27. März 1916 für alle anderen strafbaren Tatbestände das Strafmaß in Anlehnung an die übrigen Vorschriften auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft auf Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder einer dieser Strafen erhöht und den Gerichten die Einziehungsbefugnis gegeben worden.

* **Eine seltene Ehrung** ließ die preussische Regierung den beiden bisherigen Mitgliedern des Kasseler Provinzialschullegiums, den Geheimräten Dr. Barchler und Dr. Kaiser zukommen. Sie ernannte beide Herren zu Ehrenmitgliedern des Provinzialschullegiums.

* **Pferdiebstahl in Frankfurt.** In der Nacht zum Samstag wurden dem Landwirt Ferdinand Riegel, Eckenheimer Landstraße 367, aus den festverschlossenen Stallungen zwei Pferde im Werte von etwa 20 000 M. gestohlen.

* **Tot aufgefunden.** Der Major a. D. Eltester wurde in Frankfurt in seiner Wohnung tot aufgefunden. Ueber die Ursache seines Todes konnte Näheres noch nicht festgestellt werden.

Von nah und fern.

Oberursel, 1. Nov. Auf der Höhenstraße stürzte ein achtjähriges Mädchen, das sich an einen Motorwagen geklammert hatte, an einer Weggabelung von dem Fahrzeug ab, wurde überfahren und sofort getötet.

Ufingen, 1. Nov. Durch eine ränchende Lampe wurde der Viehstall des Landwirts Ziehmer in Rachenbach derart verqualmt, daß die Kühe am nächsten Morgen erstickt aufgefunden wurden.

Ufingen, 3. Nov. Aus heimlichen Schlachtungen wurden in den letzten Nächten in Wehrheim beschlagnahmt: 435 Pfund Rind-, Kalb- und Hammelfleisch. Das Fleisch kam durch die Gemeinde zur Verteilung.

Koblentz, 31. Okt. Wegen Uebertretung der Fleischungsvorschriften, insbesondere für Käden und Schaulenster sind hier fünf Kaufleute vom amerikanischen Militärgericht zu fünf Tagen Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Koblentz, 2. Nov. Schieberflucht. Unter dem Eindruck des energischen Eingreifens der amerikanischen Behörden, die gegenüber dem Schieber- und Wuchertum mehr Entschlossenheit beweisen als die hiesige Verwaltung, hat eine fluchtartige Abreise der die hiesigen Hotels und Kaffeehäuser besuchenden Schieber eingesetzt. Bei der Abfassung der Schieber waren auch Berliner Kriminalpolizisten beteiligt. In dem Lager eines einzigen der Verhafteten wurden allein für ungefähr 5 Millionen Mark gekochener Ware, meist Schokolade und Zigaretten, beschlagnahmt.

Köln, 31. Okt. Wegen Schieberereien und unlauterer Machenschaften ist abermals 15 Personen der Handel mit allen Gegenständen des täglichen Bedarfs untersagt worden. Die Namen sind in auffälliger Schrift in den Zeitungen bekannt gemacht. Weitere Veröffentlichungen sollen folgen.

Leipzig, 1. Nov. Die Kriminalpolizei entdeckte eine in Betrieb befindliche geheime Silberschmelze, worin nachweislich kurz vor der Entdeckung kursfähige Silbermünzen eingeschmolzen worden waren. Es wurden acht Silberbarren im Gewichte von 120 Pfund, deutsche kursfähige Silbermünzen im Gewicht von 76 Pfund beschlagnahmt. Sämtliche beteiligten Personen wurden verhaftet.

Letzte Nachrichten.

Paris, 3. Nov. Havas. In den Departements Ardennen, Pyrénées, Allier und Haute Garonne fällt der Schnee unaufhörlich. In Luchon erreichte die Schneedecke eine Höhe von 20 Zentimeter. In Savoyen überschreitet dieselbe schon einen Meter. In Marseille, wo eine sehr strenge Kälte herrscht, sind alle Höhen mit Schnee bedeckt.

Paris, 3. Nov. Auf die Nachricht hin, daß Rumänien Bessarabien annektiert habe, befragte der „Petit Parisien“ den rumänischen Staatsminister, Herrn Ciagureanu. Derselbe erklärte, daß Rumänien nicht nötig hätte, dem Obersten Räte Mitteilung von der Annektion dieser Provinz zu machen, da doch die Bessarabier schon seit 2 Jahren nichts sehnlicher wünschten als die Angliederung an Rumänien.

Paris, 3. Nov. Das „Petit Journal“ besteht auf der Notwendigkeit, dem praktischen Flugwesen einen größeren Aufschwung angedeihen zu lassen. Es hebt die ausgezeichneten Resultate hervor, die England durch die Linie London-Paris erzielt hat und bei welcher in 9 Wochen bei 139 Reisen nur 2 in Folge Panne unterbrochen wurden. Die auf diese Weise durchlaufene Strecke beträgt 55 000 Kilometer.

Paris, 3. Nov. Havas meldet aus Rom: Die „Tribuna“ bestätigt, daß in der Fiumefrage eine neue Lösung bevorstehe. Sie will wissen, daß England, welches bis jetzt eine passive Haltung eingenommen hat, nun für die italienischen Grundzüge Partei ergriffen hat. Der englische Gesandte sei bereits nach Washington abgereist, um diese Grundzüge bei der amerikanischen Regierung zu unterstützen.

Paris, 4. Nov. Havas. Der Ministerpräsident, Herr Georges Clemenceau, hat Paris heute abend 21.30 Uhr verlassen, um sich nach Straßburg zu begeben. Hinsichtlich der Rede, welche Herr Clemenceau in Straßburg halten wird, berichtet die „Liberté“, daß die Staatsdruckerei dieselbe im Druck fertiggestellt hat. Die Rede bildet eine Broschüre, kleines Format von 32 Seiten und wird sämtlichen französischen Gemeinden zugestellt werden. Den Grundgedanken der Rede bildet die nationale Versöhnung und scharfe Verurteilung des Bolschewismus. Außerdem will der Ministerpräsident dem Lande seine Ideen über die nationale Wiedergeburt darlegen, und dies umfaßt den größten Teil seiner Ansprache. Was die Revision der Verfassung anbelangt, so ist Herr Clemenceau der Meinung, daß dieselbe erst dann vorgenommen werden soll, wenn das Werk der Wiederherstellung in der Hauptsache vollbracht sein wird.

Paris, 4. Nov. Havas. Der Präsident der Republik hat heute in Brevand (Departement Seine et Oise) die durch die Stadt Paris hergerichteten Unterkunftsstätten für Tuberkulose eingeweiht. Nach Besichtigung der Räumlichkeiten hat er in einer beifälligen angenommenen Ansprache darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die Tuberkulose ein Kampf im Interesse der Staatswohlfaht sei; von allen Gemeindeführern sollte das Beispiel der Stadt Paris befolgt werden. Er betonte die Notwendigkeit, den Alkoholismus und die Tuberkulose aufs Schärfste zu bekämpfen, damit die französische Rasse dank ihres gesunden und kräftigen Volkstums in der Welt den Platz als Verbreiterin des großen französischen Gedankens einnehmen könne.

Pelle, Havas. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag brach durch die Unachtsamkeit oder Böswilligkeit zweier deutscher Gefangener beim Feueranzünden eine Feuersbrunst aus. Das Holz hatten sie in den Arbeitsräumen der französischen Wagenmeisterei gestohlen. Das Feuer brach in einem Gebäude der Citadelle aus und hat sich bald darauf auf die anderen Gebäude erstreckt. Am Morgen fing das Arsenal Feuer. Die verursachten Schäden sollen sich auf ungefähr 10 Millionen Fr. belaufen.

London, 3. Nov. Havas. Wie das Reuterbüro meldet, sind gestern abend 3 deutsche Delegierte, die Herren Professoren Brentano und Franz Oppenheim, sowie Herr Dr. Schilman und ein holländischer Delegierter, Dr. Treuze, in London angekommen, um an der Konferenz über die Lebensmittelversorgung Deutschlands teilzunehmen. Diese Konferenz wurde zum Kampfe gegen die Hungersnot durch den Obersten Rat ins Leben gerufen.

Kleiner Kursbericht vom 1. November 1919

mitgeteilt von der Bankbankstelle Königstein					
11/16	31.10	1.11	11/16	31.10	1.11
5 Reichsmark	79.40	79.50	4 Pfälz. B.-B. Pfd.	101.40	—
5 Reichsmarkantw.	95.40	95.75	4 Pfälz. Pfd. Bbl.	100. —	100. —
4 1/2 „ 1916	77.75	77.75	3 1/2 „ „ „	91.50	91.50
4 Reichsmark	71.70	72. —	3 1/2 „ „ „	83.50	83.50
3 1/2 „	64.75	65. —	5 „ „ „	79.50	79.50
3 „	64. —	63.60	2 Pfälz. Pfd.	240. —	240. —
4 Pfälz. Confol.	71. —	72.30	2 Pfälz. Pfd.	149.25	149.50
3 1/2 „	62.10	61.75	1 Pfälz. Pfd.	126. —	127. —
3 „	57. —	58. —	Disconto Comm.	176.50	177.25
4 Deffen	89. —	89. —	Abkürzungen	278. —	275. —
3 1/2 „	68.25	68.50	Allgem. Electr.	231.50	234. —
3 „	60. —	60. —	Pub. Anklm	450. —	450. —
4 Rheinprov. Kst.	97.50	97.20	Chem. Griseheim	261. —	258. —
4 S. L. & B. Pfd.	99.75	100.50	Schäfer Hardw.	368. —	364.50
4 Pfälz. Stadant.	98.10	98. —	Wann Doo & Co.	219.50	222. —
4 Raimer	100.50	100.50	Zellstoff Waldb.	226. —	226. —
4 Wiesbad.	99.50	—	Siemens & S.	226. —	226. —
4 Kr. Opp.-B. Pfd.	102.40	102.30	Schäp. rtwerte	153.25	153.75
4 S. L. & B. „	100.50	100.75			

Devisenkurse der Frankfurter Börse.

	31. Oktober	1. November	Friedens-
	Geld	Beief	kurs
Dolland 100 M.	1181.50	1183.50	1189. —
Dänemark 100 Kr.	664.25	665.75	666.75
Schweden 100 Kr.	739.25	740.75	746.75
Schweiz 100 Fr.	556.50	577.70	569.50
Wien 100 Kr.	—	—	85.00
Madrid 100 Pes.	—	—	610.25
Beifungl. 100 Rbl.	—	—	611.75
			81.00

Danksagung.

Wir bitten alle, welche uns an unserer Vermählung so herzlich durch Glückwünsche und treues Gedenken erfreuten, auf diesem Wege unseren

herzlichsten Dank

entgegenzunehmen. Besonders danken wir dem Gesangsverein „Concordia“ für den schönen Gesang bei unserer Trauung.

Königstein, den 3. November 1919.

Lorenz Marnet und Frau Käthe geb. Resch.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit werden folgende Anordnungen getroffen:

1. Die Wirtschaften, Cafés und Restaurants müssen um 3.30 Uhr geschlossen sein; keine Veranstaltung, welcher Art sie auch sei, darf in denselben später abgehalten werden.

2. Alle Geschäftslöke, mit Ausnahme der Apotheken, müssen um 6 Uhr geschlossen sein und die Beleuchtung der Schaufenster muß ausgelöscht werden.

3. Die Straßenbeleuchtung in den Städten und Dörfern des Kreises ist alle Tage um 10 Uhr abzustellen; nur die an wichtigen und verkehrsschwierigen Stellen angebrachten Lampen können die ganze Nacht brennen.

Der Administrateur militaire.

Wird mit der Bitte um genaueste Beachtung veröffentlicht.

Königstein i. T., den 3. November 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 100/9. 19. R. R. A.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzblatt S. 438) folgendes bestimmt:

Artikel I.

Die von den Militärbehörden unter Nr. W II 2334/1. 16. R. R. A. im Jahre 1916 erlassene, den Betroffenen namentlich zugestellte Anordnung, wonach es unterlag wurde, ohne Zustimmung der Kriegsrohstoff-Abteilung des Reichs Kriegsministeriums über im Auslande für Rechnung der Betroffenen lagernde Mengen an Baumwolle, Vinters, Baumwollabgänge oder Baumwollabfälle zu verfügen und nach der die betreffenden Mengen zu melden waren, wird hiermit soweit aufgehoben, als es sich nicht um in der Schweiz lagernde Baumwollspinnstoffe handelt.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 12. September 1919 in Kraft.

Berlin, den 12. September 1919.

Der Reichswehrminister. J. A.: Wolffhügel.

Wird veröffentlicht.

Königstein i. T., den 1. November 1919.

Der Landrat Jacobs.

Auszug aus der Polizeiverordnung vom 14. Dezember 1904.

Verpflichtung zum Straßenreinigen.

§ 19.

1. Bei eintretender Winterkälte müssen die Trottoirs mit Sand, Asche oder ähnlichem Material beureut werden. Das Säen muß, wenn das Glatteis am Tage oder während des Abends eintritt, sofort und wenn dasselbe während der Nacht oder der Morgendämmerung entsteht, spätestens bis 8 Uhr morgens geschehen und ist so oft zu wiederholen, als erforderlich ist, um die Glatteis unmittelbar nach dem Entstehen wirksam zu beseitigen. Für enge Gassen, die keine Trottoirs haben, sind diese Bestimmungen hinsichtlich der ganzen Breite dieser Gassen in Ausführung zu bringen.

2. Es ist verboten, auf den Trottoirs und Fahrdämmen sowohl Schienen zu ziehen, als diese zu benutzen.

Fahren mit Rinderschlitten.

§ 20.

Kleine Schlitten (Rinderschlitten) dürfen in der Stadt auf den Trottoirs überhaupt nicht, sonst auf allen freien und abschüssigen Straßen außerhalb der Stadt nur dann gefahren werden, wenn sie dabei stets an der Deichsel oder sonstige festgehalten werden.

Vorliegende Bestimmungen werden zur besonderen Beachtung in Erinnerung gebracht. Zuwiderhandlungen unterliegen der Strafbestimmung des § 45 dieser Polizeiverordnung.

Königstein i. T., den 5. November 1919.

Die Polizeiverwaltung. A. B.: Brühl.

Wir haben einen kleinen Posten Kartoffeln abzugeben, die sich nur bedingt zur menschlichen Ernährung eignen und nur Minderbemittelten zu gute kommen sollen. Anmeldungen werden Donnerstag, den 6. ds. Mts., von 8—8 1/2 Uhr in der Bierhalle, Zimmer 1, entgegengenommen. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Königstein i. T., den 5. November 1919.

Der Magistrat. A. B.: Brühl.

Bekanntmachung.

Die Vergütungen für die von der französischen Militärbehörde in Anspruch genommenen Büroräume, Büden und Magazine in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli können bei unserer Stadtkasse in Empfang genommen werden.

Königstein i. T., den 5. November 1919.

Der Bürgermeister. A. B.: Brühl.

Die 3. Rate Staats- und Gemeindesteuern wird Donnerstag, den 6. und Freitag, den 7. ds. Mts., in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr, erhoben. Die Beträge sind abgezahlt bereit zu halten.

Königstein, den 4. November 1919.

Staatssteuerbeihilfe: Gläßer.

Bekanntmachung für Falkenstein.

Die 3. Rate Staats- und Gemeindesteuern wird vom 8.—15. November durch den Unterzeichneten erhoben. Es wird um pünktliche Einhaltung des Termins ersucht.

Falkenstein, den 4. November 1919.

Ochs, Gemeindevorstand.

Bürgermeisterämter: Anträge auf Erlaubnis v. Haus-schlachtungen sind in jed. Menge lieferbar durch Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44

1 Herren - Ulster, 1 Paar Halbschuhe
fast neu, Größe 180, schwarz, (Gr. 37) zu verkaufen.
zu verkaufen. Zu erfragen in d. Geschäftsh.

Jg. Doberhund
seit Sonntag mitt. verlaufen od. abhanden gel. Geg. gute Belohn. abg. Falkenstein Mühl.

Das Lebensmittelbüro,
früher Bierhalle, befindet sich vom 6. ds. Mts. ab im
Rathausaal.
Königstein (Taunus), den 5. November 1919.
Der Magistrat.

Fleischkarten-Ausgabe.
Die Ausgabe der Fleischkarten findet am **Donners-**
tag, den 7. d. Mts. im Rathausaal von 2-5 Uhr in ge-
wohnter Reihenfolge statt.

Milchkarten-Ausgabe.
Die Ausgabe der Milchkarten findet **Freitag**, den
9. ds. Mts., im Rathausaal von 2-5 Uhr in folgender
Reihenfolge statt:
A-B von 2-3 Uhr, M-N von 3-4 Uhr, O-P von 4-5 Uhr.
Königstein, den 5. November 1919.
Der Magistrat.

Französischer Sprachunterricht.
Die **französischen Sprachkurse** für Erwachsene
sollen auch in diesem Winter fortgesetzt werden; bei ge-
nüglicher Teilnahme sollen Kurse für **Anfänger** und
für **Vorgeschrittene** eingerichtet werden. Diejenigen, welche
an den Kursen teilzunehmen wünschen, können sich nächsten
Freitag oder **Samstag**, nachmittags von 3-5 Uhr, bei
Herrn **Dr. Bockers** in der **Taunus-Realschule** melden.

Bekanntmachung.
Infolge fortwährender Steigerung der Preise für Rohlen,
Holz und Reparaturen, sehen wir uns gezwungen, den
Backpreis für einen Laib Brot von zwei Pfund
Mehl für Selbstversorger vom 9. November ab
auf 30 Pfennig zu erhöhen.

Die Bäckerzangs-Innung des Kreises Königstein.
Der Vorstand.

Taschenuhr verloren
auf dem Wege Kassel, Dohheim, Weilbach, Dohheim, Epp-
stein, Königstein.
Abzugeben gegen **50 Mk. Belohnung**
in der Geschäftsstelle d. Sta.



Turn-Verein Königstein.

Am **Donnerstag**, 6. November,
abends pünktlich 7 Uhr findet im
Gasthaus „Zum Hirsch“ die

Monats-Versammlung
statt. Die Mitglieder werden ge-
beten, pünktlich und pünktlich zu
erscheinen wegen der frühen Ver-
sammlung. Der Vorstand.



Taunus-Klub Königstein i. T.

Samstag, den 8. November, abends 8 Uhr,
Generalversammlung
im **Herzogin Adelheid-Stift.**

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Um vollständiges Erscheinen bittet Der Vorstand.

Dr. med. Hans Ussum
praktischer Arzt zu Eppstein im Taunus
Rossertstraße 28

gibt bekannt, daß er

♦ ärztlichen Beruf ausübt. ♦
Sprechstunde täglich 8 Uhr morgens.
Telefon-Nr. wird später angekündigt.

Zigarrendüten, Zigarettdüten, ver-
schiedene Größen, verkauft
Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44

Qualität ist alles!
Ich bin die Qualität!
Enttäuschung, Ärger und Schaden wird vermieden durch den Schuhputz

Erdal
schwarz, gelb, braun, rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Nachruf.
Am 18. Oktober 1919 ist
Herr Amtsgerichtssekretär
Georg Baecker
vom hiesigen Amtsgericht, in französischer Kriegsgefangenschaft
gestorben.
Die Beamten des Amtsgerichts bedauern den Verlust
eines geschätzten Mitarbeiters und werden ihm ein treues An-
denken bewahren.
Königstein, den 4. November 1919.
Die Beamten des Amtsgerichts.

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Anteilnahme bei dem Hinscheiden un-
serer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin
und Tante
Frau Katharina Appiano
geb. Kern,
für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte und die Kranz- und
Blumenspenden sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Königstein, den 5. November 1919.

2 tüchtige erfahrene
Langholzfuhrlleute
bei hohem Lohn sofort gesucht
Baufabrik
Wilhelm Mauer, Höchst a. Main.

Tüchtiges
Alleinmädchen,
das in der Küche erfahren ist,
für sofort oder später gesucht.
Frau Bürgermeister Jacobs,
Königstein i. T.
Ein ordentliches, braves
Mädchen,
in allen Hausarbeiten be-
wandert, für sofort gesucht.
Zu erfragen i. d. Geschäftsst.
In Königstein od. Umgebung
Stelle für ein
Hausmädchen
gesucht. Zu erf. i. d.
Geschäftsst.
♦ **Mädchen** ♦
in Hausarbeit bewandert
sucht tagsüber
Beschäftigung
Mammelschlag, Königsteinerstr. 7

Brechobst
(Berliner Schmalen
und andere Sorten)
abzugeben. **Brühl,**
Pension Germania Königst.
Mehrere Zentner
Essbirnen
zu verkaufen
Königstein, Gerichtsstr. 9.
Mehrere Fuhren
Runkelrüben
hat abzugeben **Karl Wirth,**
Limburgerstraße, Königstein.
Vollständige
An- und Abmelde-
scheine
zu haben in der
Druckerei Ph. Kleinbühl,
Königstein - Hauptstraße 41.

Postkarten
(keine Ansichtskarten)
garantiert schreibfähig
für jede Farbe, bester Karton,
zu haben in der Druckerei
Ph. Kleinbühl, Königstein.
Zwei Enten
entlaufen bzw. abhanden
gekommen. Gute Belohn-
ung wird dem Wiederbringer
oder demjenigen ausbezahlt,
der über den Verbleib der-
selben Auskunft gibt.
Brühl, Pension Germania,
Königstein
Der Schornsteinfeger be-
ginnt mit der Reinigung
der Schornsteine.
Königstein 5. Nov. 1919.
Die Polizeiverwaltung.
Eine
Windmühle
zu verkaufen
Ob. Hintergasse 8, Königst.
Mistbeetfenster
neue oder gebrauchte
zu kaufen gesucht.
Jac. Blum, Schneidhain,
Hilfsbaderstraße 1.
Elektro-
MOTORE
jeder Stromart teils ab Lager
sofort od. kurzfristig lieferbar
J. Idstadt,
Niederrhausen i. Taunus,
Bahnhofstraße 109, Tel. 55.

Häute und
Felle aller
Art
werden zu den höchsten
Tagespreisen stets entgegen-
genommen von
Ferdinand Hohmann,
Georg Plinglerstr. 9, Königstein.
Zu kaufen gesucht:
Ein ge-
brauchter **eisern. Kessel,**
transportabler bevorzugt,
sowie ein **Ofen** für Verkauf.
Angebote erbittet
A. Hintermayr,
Wagnermeister, Königstein.
Untere Dinterrasse 4.
? WO ?
erhält man in jeder Menge
folgende amtl. Formulare:
Erb- und Zuerkennungs-
bescheinigungen,
Mehrerbräutigam-
nachweisungen,
Junker-Verbrauchs- und
Geldausweise,
Hausbuchungsscheine,
Wochenübersichten für die
Fleischversorgung,
Brennscheine,
Geldausweise,
Fracht- u. Eilfrachtscheine
Buchdruckerei der
„Taunus-Zeitung“
Königstein i. T.
Trauer-Drucksachen
durch Druckerei Kleinbühl,
Königstein.